Gefördert durch:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

APD
Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog

Ausgabe 08/2024

MONITORING der Agrargesetzgebung in der Ukraine

Monat Juli 2024

1. Allgemeine Agrargesetzgebung (APD)

Gesetze und andere Rechtsakte, die im Juli 2024 verabschiedet wurden bzw. in Kraft getreten sind

Gesetzesentwürfe, die im Juli 2024 durch die Werchowna Rada der Ukraine gesetzgeberisch bearbeitet wurden

Gesetzesentwürfe, die im Juli 2024 in die Werchowna Rada der Ukraine eingebracht wurden

Die Serie „Monitoring der Agrargesetzgebung in der Ukraine" gibt einen Überblick über Gesetze und Gesetzentwürfe der Werchowna Rada http://iportal.rada.gov.ua/, die von Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Agrarsektors (insbesondere Landwirtschaft und Ernährungsindustrie) sind.

Die hier bereitgestellten Informationen und Wertungen können nicht als Rechtsberatung betrachtet werden. Der APD und der Fachdialog Boden übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit der Aussagen.

Durchgeführt von

IAK AGRAR CONSULTING

GOPA AFC

IAMO Leibniz Institute of Agricultural Development in Transition Economies

Projektpartner

ДОРАДА

Durchführer Fachdialog Boden

BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

GFA CONSULTING GROUP
Generalbeauftragte des BMEL Büro Berlin

1. Allgemeine Agrargesetzgebung (APD)

Gesetze und andere Rechtsakte, die im Juli 2024 verabschiedet wurden bzw. in Kraft getreten sind

Harmonisierung der Tieridentifizierung mit den europäischen Vorschriften

Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine „Über die Änderung einiger Verordnungen des Ministerkabinetts der Ukraine über die Dienstleistungen im Bereich der Veterinärmedizin und der Tieridentifizierung und -registrierung" Nr. 811 vom 12.07.2024 tritt am 17.07.2024 in Kraft.

Die Verordnung entspricht den europäischen Anforderungen und hebt die Beschränkungen für die Ausstellung und Ausgabe von Veterinärdokumenten durch lizenzierte Tierärzte auf.

Darüber hinaus bestimmt die Verordnung den Staatlichen Dienst für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz der Ukraine als Verwalter des Heimtierregisters.

Ernährungssicherheitsstrategie der Ukraine genehmigt

Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine „Über die Genehmigung der Ernährungssicherheitsstrategie bis 2027 und ihrer Umsetzungsmaßnahmen" Nr. 684 vom 23.07.2024.

Das Ministerkabinett der Ukraine hat die Strategie der Ernährungssicherheit der Ukraine bis 2027 genehmigt, die drei zentrale Ziele enthält:

1. Füllung des Agrarmarktes: Unterstützung der Produzenten, insbesondere der ökologischen Produktion. Schrittweise Substitution von Importen und Wiederherstellung der Lebensmittelindustrie.
2. Sicherstellung der Verfügbarkeit von Lebensmitteln für alle Bevölkerungsgruppen der Ukraine: Verringerung des Anteils der Lebensmittel an den Ausgaben der Ukrainer.
3. Stärkung der Ernährungssicherheit: Auffüllung der Staatsreserven mit Lebensmitteln, Schaffung eines Systems zur Überwachung der Ernährungssicherheit, prioritäre Räumung landwirtschaftlicher Flächen, Anpassung an den Klimawandel.

Das Erreichen der Ziele ist in zwei Phasen vorgesehen:

- erste Phase (2024 – 2026): Bildung und Durchführung von Unterstützungsmaßnahmen für Produzenten;
- zweite Phase (2027): Wiederherstellung der Lebensmittelindustrie.

Die Ernährungssicherheitsstrategie ist ein Teil des Entwurfs der Strategie zur Entwicklung der Landwirtschaft und ländlicher Gebiete in der Ukraine bis 2030.

Gesetzesentwürfe, die im Juli 2024 durch die Werchowna Rada der Ukraine gesetzgeberisch bearbeitet wurden

Festlegung der Grundlagen der Klimapolitik der Ukraine

Gesetzesentwurf „Über die Grundlagen der staatlichen Klimapolitik" Nr. 11310 vom 31.05.2024. Der Gesetzesentwurf wurde am 16.07.2024 in der ersten Lesung verabschiedet und wird für die zweite Lesung vorbereitet.

Der Gesetzesentwurf ist ein Entwurf des Rahmengesetzes und legt die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen der staatlichen Klimapolitik fest, die auf die Gewährleistung einer kohlenstoffarmen Entwicklung der Ukraine, die Erreichung der Klimaneutralität, die Anpassung an den Klimawandel und die Angleichung der ukrainischen Gesetzgebung an die Anforderungen des EU-Rechts abzielt.

Übergabe von wertvollen Flächen für militärische Zwecke

Gesetzesentwurf „Über die Änderung einiger Gesetze der Ukraine zur Verbesserung des Verfahrens zur Versorgung mit den Flächen der Verteidigungskräfte" Nr. 11335 vom 12.06.2024. Der Gesetzesentwurf wurde am 18.07.2024 in der ersten Lesung verabschiedet und wird für die zweite Lesung vorbereitet.

Mit dem Gesetzesentwurf wird vorgesehen:

- besonders wertvolle Flächen und Waldflächen umnutzen zu erlauben, um diese für die Stationierung und den ständigen Betrieb von Militäreinheiten, militärischen Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Organisationen der Streitkräfte

der Ukraine und anderer militärischer Formationen zu nutzen;

- die Militäreinheiten der Streitkräfte der Ukraine und andere militärische Formationen sind von der Entschädigung für forstwirtschaftliche Produktionsverluste zu befreien, wenn forstwirtschaftliche Grundstücke für ihre Stationierung und ihren ständigen Betrieb genutzt werden.
- um Korruptionsrisiken im Zusammenhang mit der Umnutzung von Grundstücken, die nach dem oben genannten Verfahren als Verteidigungsgrundstücke eingestuft wurden, zu vermeiden, soll verboten werden:
  - solche Grundstücke weiterhin umzunutzen;
  - soziale und kulturelle Einrichtungen, Wohnungen für Militärangehörige und ihre Familien sowie soziale Wohnungen auf solchen Grundstücken zu bauen.

Neue Funktionen im Staatlichen Agrarregister

Gesetzesentwurf „Über das Staatliche Register" Nr. 11063-d vom 25.06.2024. Der Gesetzesentwurf wurde am 18.07.2024 in der ersten Lesung verabschiedet und wird für die zweite Lesung vorbereitet.

Im überarbeiteten Gesetzesentwurf wird vorgesehen, den Mechanismus des Staatlichen Agrarregisters (SAR) zu verbessern. Dabei wird die Möglichkeit geschaffen, separate Teilsysteme des Registers zu erstellen, was es ermöglicht, das bestehende SAR in ein Staatliches Register der landwirtschaftlichen Produzenten umzuwandeln.

Darüber hinaus erhalten die SAR-Subjekte die Möglichkeit, kostenlos Informationen über sich selbst sowie Informationen aus anderen elektronischen Informationsressourcen zu erhalten.

Gesetzesentwürfe, die im Juli 2024 in die Werchowna Rada der Ukraine eingebracht wurden

Anpassung der Vorschriften für den Handel mit Nahrungsergänzungsmitteln an die EU-Anforderungen

Gesetzesentwurf „Über die Änderung einiger Gesetze der Ukraine zur Regelung der Produktion und des Umlaufs von Nahrungsergänzungsmitteln" Nr. 11389 vom 01.07.2024, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von D. A. Schmyhal (Ministerkabinett der Ukraine)).

Dieser Gesetzesentwurf wurde im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 2002/46/EG vom 10.06.2002 „Über die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Nahrungsergänzungsmittel" entwickelt. Der Begriff „diätetisches Ergänzungsmittel" wird durch den Begriff „Nahrungsergänzungsmittel" ersetzt. Darüber hinaus werden folgende Punkte festgestellt:

- Das Verfahren zur Benachrichtigung über die Einführung von Nahrungsergänzungsmitteln in den Verkehr;
- Die Liste der Vitamine und Mineralstoffe sowie anderer Substanzen und deren maximal zulässigen Dosierungen, die in Nahrungsergänzungsmitteln zugelassen sind;
- Strafen für die Herstellung und den Vertrieb von Nahrungsergänzungsmitteln, die den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechen.

Beitritt der Ukraine zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung

Gesetzesentwurf „Über den Beitritt der Ukraine zum Abkommen zur Gründung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung" Nr. 0282 vom 05.07.2024, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von W. O. Selenskyj (Präsident der Ukraine)).

Der Gesetzentwurf sieht den Beitritt der Ukraine zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) sowie die Zahlung eines Ersteinzahlungsbeitrags in die Ressourcen des Fonds vor.

Autoren, Redaktion und Kontakt:

Allgemeine Agrargesetzgebung (APD)

Entwurf: Kateryna Lelet

Monitoring und Redaktion der ukrainischen Ausgabe: Mariya Yaroshko – Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD)

Redaktion der deutschen Ausgabe: Sharif Jabborov – IAK AGRAR CONSULTING GMBH (verantwortlich für die Durchführung des APD-UKR)

Tel. +38 066 598 14 40

info@apd-ukraine.de

www.apd-ukraine.de